Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/2753

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 27. März 1968 am Donnerstag, dem 28. März 1968 am Freitag, dem 29. März 1968

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordnete **Frau Funcke**

Trifft es zu, daß zu dem „Gespräch mit Abgeordneten", das das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung seinen Besuchergruppen im Rahmen einer 2 bis 3tägigen aus allgemeinen Steuermitteln finanzierten politischen Informationsveranstaltung ankündigt und anbietet, nur Abgeordnete der Koalitionsparteien zur Teilnahme aufgefordert werden, nicht aber Vertreter der parlamentarischen Opposition?

2. Abgeordnete **Frau Funcke**

Bedeutet das Fehlen des „Spiegels der Frauenpublizistik" in der Aufstellung der Regierungsveröffentlichung Drucksache V/2593, daß das Presse- und Informationsamt nicht beabsichtigt, den von allen Fraktionen des Bundestages sowie von den Frauenverbänden und der Frauenpublizistik eindeutig befürworteten und geforderten „Spiegel der Frauenpublizistik" wieder herauszubringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

3. Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**

Auf Grund welcher Instruktionen der Bundesregierung kann es — laut Bericht der Bonner Rundschau vom 1. März 1968 — der neue Chef des „früheren ‚Hauses Einheit in Freiheit' " in Bonn, Armin Hindrichs, wagen, diese bisher ausgezeichnet arbeitende Informationsstätte mit dem Satz zu diskriminieren „bisher war das Haus ein Abbild einer traditionellen Deutschlandpolitik. Es war so provinziell wie die Politik." und mitteilen, daß ab 1. April 1968 nicht mehr die weitbekannten und vielbesuchten Ausstellungen gezeigt würden, sondern in dieser „politischen Boutique" „jedem interessierten Bürger die Chance gegeben" werde, sich „objektiv über die Anliegen beider Seiten in der Deutschlandfrage zu informieren"?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

4. Abgeordneter **Ramms**

Was unternimmt die Bundesregierung auf dem Gebiet der Unfallforschung insbesondere in Fragen der sogenannten Biomechanik, d. h. der Klärung, welche Ursachen bei den jeweiligen Unfällen tatsächlich zum Tode geführt haben, welche Kräfte der menschliche Körper effektiv aushalten kann, welche Verzögerungen für bestimmte Organe im Falle seines Aufpralls nicht überschritten werden dürfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

5. Abgeordneter **Bühler**

Sind der Bundesregierung Fälle von Störungen der öffentlichen Ordnung bekannt, bei denen die zuständigen Justizbehörden, entgegen den einschlägigen Vorschriften, untätig geblieben sind?

6. Abgeordneter **Mick**

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

Hat die Äußerung des bekannten Regisseurs und Schriftstellers Pavel Kohout in einer Prager Massenversammlung „In der ganzen zivilisierten Welt gibt es nur zwei Länder, wo für Justizmorde verantwortliche Ankläger nicht ins Gefängnis müssen. Das sind die Bundesrepublik und die CSSR. Ich hoffe, daß dieser Zustand bald nur noch in der Bundesrepublik existiert.", soweit sie die Bundesrepublik Deutschland angeht, irgend einen realen Hintergrund?

7. Abgeordneter **Köppler**

Was ist unter den „Heinemannschen Rechtsreformen" zu verstehen, die nach einer Mitteilung des Staatssekretärs im Bundesjustizministerium noch in dieser Wahlperiode verabschiedet werden müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

8. Abgeordnete **Frau Herklotz**

Ist die Bundesregierung bereit, im Sinne der Empfehlung 515 der Beratenden Versammlung des Europarates das Welternährungsprogramm weiterhin zu unterstützen und eventuell seiner Erweiterung durch Lieferung von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln an die Entwicklungsländer zuzustimmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

9. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Trifft die in einer Sendung des WDR am 12. März 1968 gemachte Feststellung zu, daß es sich bei einem großen Teil der im Rahmen der deutschen Arzneimittelspenden für Südvietnam gestifteten Antibiotika um Medikamente handelte, deren Haltbarkeitsgrenze bereits am Tage der Lieferung überschritten waren?

10. Abgeordneter **Dr. Lohmar**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Hochschule für Gestaltung in Ulm in ihrer wissenschaftlichen und künstlerischen Selbständigkeit zu erhalten?

11. Abgeordneter **Dr. Lohmar**

Hält die Bundesregierung eine Verstaatlichung der Hochschule für Gestaltung für eine erwägenswerte Möglichkeit?

12. Abgeordneter **Dr. Lohmar**

Ließe sich aus der Hochschule für Gestaltung eine staatliche Akademie für angewandte Kunst entwickeln?

13. Abgeordneter **Spillecke**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für eine weitere Förderung des Besuchs von Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien durch Angehörige des gehobenen öffentlichen Dienstes?

14. Abgeordneter **Dr. Wörner**

Welche Folgerungen ergeben sich aus der Äußerung des neuen Vorsitzenden des VDS, daß der VDS diesen Staat negiere und aus der eindeutigen Politisierung des VDS für Aufgaben, Rechtsnatur und Stellung des VDS an unseren Hochschulen sowie für die Zwangsmitgliedschaft der Studenten in diesem Verband?

15. Abgeordneter **Geldner**

Welche Haltung nimmt die Bundesregierung gegenüber den beabsichtigten Gebührenerhöhungen für Rundfunk und Fernsehen ein?

16. Abgeordneter **Schmidt (Wuppertal)**

Wie gedenkt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen § 53 Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes n. F. und den §§ 2, 4 und 7 der Finanzgerichtsordnung zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

17. Abgeordneter **Müller (Berlin)**

Hat die Bundesregierung inzwischen geprüft — wie es am Schluß der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Müller (Berlin), Stingl, Meis, Frau Jacobi (Marl) und Genossen betr. unterschiedliche steuerliche Behandlung des Krankenhaus-Pflegepersonals (Drucksache V/1920) heißt —

„ob durch eine Änderung der Rechtsauslegung oder eine Gesetzesänderung eine Lösung gefunden werden kann", die es ermöglicht, auch die Nachtwachenzuschläge in nicht tarifgebundenen Krankenanstalten unter § 34 a EStG fallen zu lassen?

18. Abgeordneter **Müller (Berlin)**

Zu welchem Ergebnis ist die in Frage 17 erwähnte Prüfung gekommen, falls diese tatsächlich stattgefunden hat?

19. Abgeordneter **Fellermaier**

Bis zu welchem Zeitpunkt wird die Unzulänglichkeit des Strafschutzes bei betrügerischen Praktiken, die bei Ein- und Ausfuhr von Agrarerzeugnissen mehrfach festgestellt wurden, wirksam verbessert werden, wie es die Bundesregierung bei der Behandlung des süddeutschen Getreideskandals im Deutschen Bundestag vor einem Jahr angekündigt hat?

20. Abgeordneter **Fellermaier**

Wird die Bundesregierung dabei neben dem Betrugstatbestand, ähnlich wie bei Steuerdelikten, sicherstellen, daß auch leichtfertige Vergehen zum Nachteil der Bundeskasse geahndet werden können?

21. Abgeordneter **Mertes**

Welche Bemühungen wird die Bundesregierung zur strukturellen Sanierung des Bundeshaushalts im Sinne der Empfehlung des Rates der Europäischen Gemeinschaften an die Mitgliedstaaten über die Konjunkturpolitik im Jahre 1968 anstellen?

22. Abgeordneter **Kubitza**

Unter welchen Voraussetzungen ist die Bundesregierung bereit, die Frage einer Sonderregelung für gebrauchte Kraftfahrzeuge bei der Mehrwertbesteuerung zu prüfen?

23. Abgeordneter **Dr. Imle**

Sind nach den deutsch-französischen Konsultationsgesprächen auf dem Gebiet der Steuerpolitik noch Wünsche im Hinblick auf die steuerliche Gleichbehandlung offen geblieben?

24. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Wie ist der Stand bei der Neuzulassung von Personenkraftwagen seit der Einführung der Mehrwertsteuer?

25. Abgeordneter **Dr. Emde**

Sieht die Bundesregierung in der Anregung des Oberbürgermeisters der Stadt München, als Sofortmaßnahme 20 Prozent der unrentierlichen kommunalen Schulden auf den Bund zu übertragen, einen sinnvollen Vorschlag zur Gemeindefinanzreform?

26. Abgeordneter **Dr. Emde**

Falls die mittelfristige Finanzplanung nach ihrem gegenwärtigen Stand dies nicht zuläßt: Ist die Bundesregierung bereit, eventuell eine geringere Quote zu übernehmen?

27. Abgeordneter **Reichmann**

Welche nachteiligen Auswirkungen entstehen der Bundesrepublik Deutschland durch die internationale Gold- und Währungskrise?

28. Abgeordneter **Reichmann**

Ist es zutreffend, daß die internationale Gold- und Währungskrise erheblich durch die schon vor längerer Zeit angekündigte Gold- und Währungspolitik Frankreichs verursacht wurde?

29. Abgeordneter **Zebisch**

Welche Gründe hindern die Bundesregierung daran, die sogenannte Investitionssteuer für besonders industriearme Räume des Grenzlandes und bestimmte Arten von Betrieben zu senken, wo doch eine Wettbewerbsgleichheit, die Staatssekretär Leicht als Gegenargument anführt (vgl. Stenographischer Bericht über die 157. Sitzung, S. 8150 D) in diesen Gebieten zum übrigen Bundesgebiet hin ohnehin nicht gegeben ist und eine Senkung bzw. Streichung der sog. Investitionssteuer in diesen Gebieten auch nach Auffassung von Staatssekretär Dr. Arndt (vgl. Stenographischer Bericht über die 156. Sitzung S. 8022 D) als konjunktur- und regionalpolitisches Instrument sehr geeignet wäre?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

30. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Ist sich die Bundesregierung der Tatsache bewußt, daß sich die Vorwürfe gegen das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen mehren, wonach nicht rechtzeitig genug Maßnahmen ergriffen würden gegenüber Banken, die offensichtlich in (Zahlungs-) Schwierigkeiten geraten sind?

31. Abgeordneter **Weigl**

Trifft es zu, daß das von der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen für die Zeit von 1968 bis 1973 geplante Entwicklungsprogramm Ruhr (zusätzliche Mehrkosten gegenüber den bisherigen Planungen 2,3 Milliarden DM) in erster Linie auf dem Ausbau des S-Bahn- und Fernstraßennetzes im Ruhrgebiet durch Bund und Land aufgebaut ist?

32. Abgeordneter **Weigl**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die weit über dem Bundesdurchschnitt liegende Arbeitslosigkeit in Ostbayern primär eine Folge der totalen Übersetzung der Bauwirtschaft dieses Raumes mit Arbeitskräften ist (in den meisten Arbeitsamtsbezirken stellen die Bauarbeiter über 50% der Arbeitslosen)?

33. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**

Treffen Feststellungen des bayerischen Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr vor dem bayerischen Landtag zu, daß die Erfolgschancen der regionalen Strukturpolitik in Bayern dadurch beeinträchtigt werden, daß im Ruhrgebiet der mittelständischen Wirtschaft Finanzierungshilfen gewährt werden?

34. Abgeordneter **Zebisch**	Zu welchem Ergebnis ist die Bundesregierung bei der Prüfung der Frage, in bestimmten Teilräumen des Zonenrandgebietes den nach dem regionalen Förderungsprogramm möglichen Investitionszuschuß von 15 Prozent auf 25 Prozent zu erhöhen (vgl. Stenographischen Bericht über die 157. Sitzung, S. 8151 A), gekommen?
35. Abgeordneter **Zebisch**	Was gedenkt die Bundesregierung im Bereich der Oberpfalz bei ständig zurückgehenden Männerarbeitsplätzen und hoher Arbeitslosigkeit zu tun, um den gefährdeten kleinen landwirtschaftlichen Familienbetrieben die von Bundesfinanzminister Strauß und Bundeskanzler Kiesinger geforderte Nebenerwerbstätigkeit zu garantieren, besonders in den Gebieten, die weder zum Zonenrandgebiet noch zu sonstigen Bundesfördergebieten gehören, wie z. B. Stadt und Landkreis Amberg, Sulzbach-Rosenberg, Schwandorf und Burglengenfeld?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

36. Abgeordneter **Mick**	Gedenkt die Bundesregierung der Aufforderung des Bundestages nachzukommen, die gekürzten Haushaltsmittel für Nebenerwerbssiedlungen zu Gunsten vertriebener Bauern durch Kreditmittel auszugleichen, soweit es sich bei den Nebenerwerbssiedlungen um eine echte Eingliederung handelt?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
37. Abgeordneter **Mick**	Gedenkt die Bundesregierung einen Dritten Fünfjahresplan zu Gunsten der in Frage 36 genannten Nebenerwerbssiedlungen — soweit es sich um echte Eingliederungsmaßnahmen handelt — vorzulegen?	
38. Abgeordneter **Varelmann**	Ist nach Art der Erhebung die Ausgleichsabgabe auf frischem Fleisch bei der Einführung in die städtischen Bereiche aus dem Raum der Bundesrepublik Deutschland nicht ein Binnenzoll oder doch diesem ähnlich?	
39. Abgeordneter **Varelmann**	Ist die in der Frage 38 angeführte Ausgleichsabgabe für Frischfleisch nicht eine Erhebung, die mit in frühere kleinstaatliche Gegebenheiten hineinpaßt?	
40. Abgeordneter **Varelmann**	Wen trifft die in Frage 38 erwähnte Ausgleichsabgabe — die Landwirte, die Versandschlachtereien, die Verbraucher oder werden alle dadurch ungerechtfertigt belastet?	

41. Abgeordneter **Tönjes**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im niedersächsischen Emsland (z. B. Nordhorn, Meppen) in erheblichem Umfang neue Schlachthofkapazitäten unter Einsatz von Mitteln aus dem Grünen Plan und der EWG neu errichtet werden sollen, obwohl im angrenzenden nordrhein-westfälischen Emsland ausreichende oder mit nur geringem Investitionsaufwand erweiterungsfähige Schlachthofkapazitäten vorhanden sind, die eine günstige zentrale Lage für einen weiten Bereich des emsländischen Erzeugergebietes besitzen?

42. Abgeordneter **Tönjes**

Beabsichtigt die Bundesregierung durch die Bereitstellung von Mitteln aus dem Grünen Plan und die Förderung der Bereitstellung von Mitteln der EWG für Parallelinvestitionen, strukturelle Änderungen in der Fleischvermarktung zu bewirken, die zu Lasten der gegenwärtigen, weitgehend kommunalwirtschaftlich getragenen Struktur gehen und kostenaufwendige kommunale Investitionen brachlegen?

43. Abgeordneter **Tönjes**

Ist die Bundesregierung bereit, die Maßnahmen zur Investitionsförderung bei privatwirtschaftlich getragenen Schlachthöfen analog kommunalen Schlachthöfen zukommen zu lassen?

44. Abgeordneter **Josten**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um den deutschen Agrarexport weiter zu stärken?

45. Abgeordneter **Geldner**

Wie groß ist die Waldfläche in der Bundesrepublik Deutschland, die unter Schäden durch industrielle Abgase leidet?

46. Abgeordneter **Geldner**

Ist es richtig, daß der deutschen Forstwirtschaft infolge von Rauchschäden ein jährlicher Verlust von mehr als 20 Millionen DM und dem Gartenbau von rund 1,5 Millionen DM entsteht?

47. Abgeordneter **Dr. Enders**

Wie hoch ist der Trinkmilchverbrauch und der Verbrauch von Milchprodukten pro Kopf der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu den übrigen EWG-Ländern?

48. Abgeordneter **Dr. Enders**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um den Verbrauch von Trinkmilch und Milchprodukten in der Bundesrepublik Deutschland zu steigern?

49. Abgeordneter **Dröscher**

Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß die Versagung einer Gleichstellung von Zusammenschlüssen freier landwirtschaftlicher Unternehmen mit den Genossenschaften — z. B. in bezug auf Gewährung von staatlichen Hilfen für die Modernisierung von Kellereianlagen — einen Verstoß gegen die Koalitionsfreiheit darstellt, weil sich eine Behinderung im Sinne der Verfassungsnorm daraus ergeben kann?

50. Abgeordneter **Wächter**

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, im Rahmen der Verpflichtung der EWG zur jährlichen Lieferung von 1035 Millionen t Getreide an Entwicklungsländer in den Jahren 1968/69 bis 1970/71 einen Teil dieser Verpflichtung durch Abgabe von Molkereiprodukten statt von Getreide zu erfüllen?

51. Abgeordneter **Wächter**

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, bei den bevorstehenden Verhandlungen im EWG-Ministerrat am 5. April 1968 eine solche Lösung anzustreben und zu vertreten?

52. Abgeordneter **Wächter**

Welche Haltung wird die Bundesregierung hinsichtlich der Aufbringung und Abgabe der Getreidehilfe oder gegebenenfalls der Hilfe durch Molkereiprodukte im Ministerrat einnehmen, um die nationalen landwirtschaftlichen Interessen in angemessenem Umfang zu wahren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

53. Abgeordnete **Frau Freyh**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Handhabung der Arbeitsvermittlung in Schweden, nach der offene Stellen nicht mehr nach männlichen und weiblichen Bewerbern getrennt vermittelt werden, im Hinblick auf eine entsprechende Regelung für geeignete Berufe in der Bundesrepublik Deutschland?

54. Abgeordneter **Moersch**

Treffen Informationen zu, nach denen eine zentrale Kartei für alle Arbeitnehmer durch zuständige Stellen der Bundesregierung zur Durchführung der geplanten Notstandsgesetzgebung, insbesondere des Arbeitssicherstellungsgesetzes, zusammengestellt wird?

55. Abgeordneter **Riegel (Göppingen)**

Sind im Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1967 — Einzelplan 11 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung — Kapitel 1110, Titel 300 bis 310 — Einsparungen zu verzeichnen?

56. Abgeordneter **Riegel (Göppingen)**

Falls Frage 55 bejaht wird: in welcher Höhe können Minderausgaben in der Kriegsopferversorgung festgestellt werden?

57. Abgeordneter **Faller**

Was hat die Bundesregierung unternommen, um die französischen Krankenkassen zu einem Ausgleich der Leistungen zu veranlassen, die die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Landkreis Lörrach für die in Frankreich beschäftigten Grenzgänger erbracht hat?

58. Abgeordneter **Faller**

Welches Ergebnis hatten die vom Bundesarbeitsministerium am 13. Oktober 1967 in Aussicht gestellten Verhandlungen mit dem französischen Sozialministerium?

59. Abgeordneter **Faller**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der AOK Lörrach die gestundeten Forderungen von fast 260 000 DM aus dem EWG-Ausgleichsfonds vorweg bezahlt werden könnten, weil es sich um eine außergewöhnliche Belastung handelt?

60. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung im Hinblick auf eine Krankenversicherungsreform aus der Tatsache zu ziehen, daß die AOK Heilbronn nunmehr als erste Ortskrankenkasse in der Bundesrepublik auf behördliche Anordnung hin den allgemeinen Beitragssatz zum 1. April 1968 um 0,8% über die gesetzliche Höchstgrenze von 11% auf 11,8% erhöhen muß, da sonst ein nicht vertretbares Defizit entsteht?

61. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zu einer Erstattung des 2%igen Abzugs aus einer Rente zur Krankenversicherung an solche Rentner, insbesondere Witwen, die bei nur einer Mitgliedschaft zwei Renten beziehen und von beiden den Krankenversicherungsbeitrag leisten müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

62. Abgeordneter **Picard**

Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung bezüglich des Charakters und der Bedeutung der Vereidigung von Rekruten?

63. Abgeordneter **Picard**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß eine Rekrutenvereidigung eine Veranstaltung ist, die durch geeignete Maßnahmen der zuständigen Polizei vor den Versuchen von Störern, ihre Durchführung zu verhindern, geschützt werden sollte?

64. Abgeordneter **Picard**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es zu bedauern und für das Verhältnis der Bundeswehr zu Staat und Gesellschaft nachteilig wäre, wenn Rekrutenvereidigungen im geschlossenen Kasernenbereich durchgeführt werden müßten, um einen ungestörten Ablauf zu gewährleisten?

65. Abgeordneter **Jung**	Hat die Bundesregierung die Absicht, die Fliegerzulagen der Heeresflieger und ihre Anrechnungsfähigkeit auf das Ruhegehalt entsprechend den besoldungsrechtlichen Regelungen für Luftwaffenpiloten zu gestalten?	
66. Abgeordneter **Dr. Tamblé**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Kasernenkomplex in Rantum/Sylt sich in einem derart schlechten baulichen Zustand befindet, daß er von der Bevölkerung und von Kurgästen geradezu als Schandfleck empfunden wird?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.* (gilt für 66 und 67)
67. Abgeordneter **Dr. Tamblé**	Welcher Verwendung gedenkt das Bundesverteidigungsministerium den Rantumer Kasernenkomplex zuzuführen?	
68. Abgeordneter **Ollesch**	Worauf sind die zahlreichen Unfälle mit Nebelkerzen in der Bundeswehr zurückzuführen?	
69. Abgeordneter **Porsch**	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den kriegsgedienten älteren Hauptleuten der Bundeswehr, die zwar keinen Stabsoffizierslehrgang absolviert, sich jedoch um den Aufbau der Bundeswehr durchaus verdient gemacht haben, zu einer materiellen Verbesserung ihrer Lage oder zu einer Aufwertung ihrer Stellung zu verhelfen?	
70. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann**	Nach welchen Gesichtspunkten werden Anzeigen der Bundeswehr vergeben?	
71. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**	Beabsichtigt die Bundesregierung, der geplanten Zeitschrift „Luftwaffe" mitteilungswerte Nachrichten zukommen zu lassen, die nicht allen interessierten Journalisten gleichzeitig zur Kenntnis gebracht werden?	
72. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**	Sind Pressemitteilungen zutreffend, wonach der Inspekteur der Luftwaffe, General Steinhoff, Anzeigen für die geplante Zeitschrift „Luftwaffe" erbeten hat?	
73. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**	Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es Aufgabe von Luftwaffenoffizieren sein kann, Anzeigen zu akquirieren?	

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

74. Abgeordneter **Hilbert**	Ist es richtig, daß die geplante Schnellstraße Basel — westlicher Bodensee z. T. auf schweizerischer Seite verlaufen soll?

75. Abgeordneter **Hilbert**	Falls die Frage 74 bejaht werden sollte, sind der Bundesregierung die Widerstände aller Wirtschaftskreise am Hochrhein gegen eine teilweise Trassierung dieser Straße auf schweizerischem Gebiet bekannt, weil dann bei wiederholten Zoll- und Grenzformalitäten von dem Charakter einer Schnellstraße nicht mehr gesprochen werden kann?	
76. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Aus welchen Gründen ist für Taxis nur der Anstrich in schwarzer Farbe vorgesehen?	
77. Abgeordneter **Opitz**	Wann ist mit der Fertigstellung der Autobahnstrecke Münster—Bremen zu rechnen?	
78. Abgeordneter **Kubitza**	Aus welchem Grunde ist es nicht möglich, die neue Nord-Süd-Autobahnverbindung zwischen Bad Hersfeld und Würzburg zwei bis drei Wochen vor dem 1. August fertigzustellen, damit sie in der Hauptreisezeit der meisten norddeutschen Urlauber, die erfahrungsgemäß zwischen dem 11. und 18. Juli in den Süden fahren, schon benutzt werden kann?	
79. Abgeordneter **Ertl**	Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die seit Jahren feststellbare überaus große Unfallhäufigkeit auf den oberbayerischen Straßen, insbesondere um das Ausflugsgebiet südlich von München, zu verringern?	
80. Abgeordneter **Ertl**	Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um den überaus zahlreichen Unfällen auf der Autobahn München — Ingolstadt und München — Salzburg zu begegnen?	
81. Abgeordneter **Ertl**	Was wird unternommen, um in Zukunft die Unfallhäufigkeit auf der Olympiastraße, wo allein im letzten Jahr 25 Menschen auf den 33 Kilometern im Landkreis Weilheim tödlich verunglückten, zu verringern?	
82. Abgeordneter **Dichgans**	Ist die Bundesregierung gewillt, ab einem zu bestimmenden Termin Flugzeugen mit einem Lärmwert oberhalb einer bestimmten, technisch erreichbaren Grenze keine Start- und Landeerlaubnis mehr zu erteilen?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
83. Abgeordneter **Dichgans**	Ist die Bundesregierung bereit, eine hierzu etwa erforderliche Kündigung internationaler Verträge anzukündigen?	
84. Abgeordneter **Kühn (Hildesheim)**	Entspricht es den Tatsachen, daß auf der Bundesbahn für mitgenommene Hunde unabhängig von der gewählten Reiseklasse jeweils der halbe Fahrpreis der 2. Wagenklasse gezahlt werden muß?	

85. Abgeordneter **Kühn (Hildesheim)**	Falls diese in Frage 84 erwähnte Nachricht richtig ist, hält es die Bundesregierung dann für angemessen, daß für mitgenommene Kinder jeweils der halbe Fahrpreis der gewählten Wagenklasse gezahlt werden muß?
86. Abgeordneter **Biechele**	Wie weit sind die Planungen für den Bau eines zweiten Rheinübergangs in Konstanz (Bodensee) gediehen?
87. Abgeordneter **Biechele**	Bis zu welchem Zeitpunkt ist damit zu rechnen, daß der Bundesverkehrsminister die Entscheidung, ob eine Brücke oder ein Tunnel gebaut wird, treffen und mit dem Bau begonnen werden kann?
88. Abgeordneter **Biechele**	Ist die Bundesregierung bereit, dieses wichtigste verkehrspolitische Vorhaben der Stadt Konstanz und ihrer Umgebung so zu fördern, daß ein möglichst baldiger Baubeginn und eine zügige Durchführung gesichert werden kann?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt. (zu Fragen 86–88)

89. Abgeordneter **Dr. Kempfler**	Sind zur Verhütung von Verkehrsunfällen, die durch Blendeinwirkung von Wild verursacht wurden, Versuche mit Gelblichtlampen gemacht worden?
90. Abgeordneter **Dr. Kempfler**	Welches Ergebnis haben die in Frage 89 erwähnten Versuche gezeitigt?
91. Abgeordneter **Mertes**	Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung einem zügigen Ausbau der Autobahnverbindungslinie Mannheim—Heilbronn bei?
92. Abgeordneter **Weigl**	Erwägt die Bundesregierung zur Beschäftigung tausender arbeitsloser Bauarbeiter in Ostbayern den zusätzlichen Einsatz von Mitteln für den Fernstraßen- bzw. Autobahnausbau in den Regierungsbezirken Oberpfalz und Niederbayern, zumal die Strukturschwäche in beiden Regierungsbezirken unter anderem auf die immer noch nicht befriedigende Verkehrserschließung zurückgeführt werden muß?
93. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die bayerische Staatsregierung im Zusammenhang mit der beabsichtigten Auflösung der Bundesbahndirektion Regensburg bereit erklärt hat, finanzielle Zugeständnisse für die Erhaltung dieser Direktion zu machen?
94. Abgeordneter **Draeger**	Hat die Bundesregierung bereits Überlegungen angestellt, wie der Entschließung des Ministerkomitees des Europarates (67) 21 vom 22. September 1967, die den Verzicht auf die gesonderte Erhebung einer Flughafengebühr empfiehlt, entsprochen werden kann?

95. Abgeordneter **Ramms**

In welchem Maße kümmert sich die Bundesregierung um die Sicherheitsbedürfnisse der Straße, z. B. in Form von Leitplankenversuchen?

96. Abgeordneter **Ramms**

Wann ist mit der Fertigstellung des wichtigen Autobahnteilstücks Kamen—Gießen zu rechnen?

97. Abgeordneter **Dr. Imle**

Sind von seiten der Vertreter Frankreichs bei den Konsultationsbesprechungen Bedenken gegen das verkehrspolitische Programm der Bundesregierung vorgebracht worden?

98. Abgeordneter **Dr. Imle**

Welche der in Frage 97 erwähnten Bedenken wurden im einzelnen vorgetragen?

99. Abgeordneter **Jung**

Welchen Einfluß gedenkt die Bundesregierung auf die bevorstehende Entscheidung über die von den deutschen Verkehrsflughäfen geforderte Fluggastgebühr zu nehmen?

100. Abgeordneter **Jung**

Welche Formen der Zusammenarbeit im europäischen Luftverkehr strebt die Bundesregierung an?

101. Abgeordneter **Dorn**

Wann ist nach Ansicht der Bundesregierung mit einer konkreten Vorlage von Plänen zur Veränderung der Bahnanlagen in Bonn zu rechnen?

102. Abgeordneter **Dröscher**

Warum gewährt die Deutsche Bundesbahn nur eine Fahrpreisermäßigung von 30% für Familienangehörige, die Kriegergräber in Frankreich besuchen, während die französische Staatsbahn dafür eine Ermäßigung von 50% gewährt?

103. Abgeordneter **Reichmann**

Weshalb ermöglicht die Deutsche Bundesbahn nicht die Anschlußmöglichkeit im Hauptbahnhof Freiburg (Breisgau) Ankunft von Basel 8.07 Uhr Abfahrt Freiburg—Konstanz um 8.03 Uhr durch entsprechenden Ausgleich der 4 Minuten Zeitunterschied?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

104. Abgeordneter **Kubitza**

Teilt die Bundesregierung die vor allem in Kreisen der Länder-Ministerpräsidenten vertretene Meinung, daß der Anteil der Bundespost an den Funk- und Fernsehgebühren zu hoch sei bzw. durch Rationalisierung des Gebühreneinzugs gesenkt werden könne?

105. Abgeordneter **Cramer**

Zu welchem Ergebnis hat die Prüfung der Frage durch das Bundespostministerium geführt, ob geeignete Unternehmer der Elektrowirtschaft Fernsprechanschlüsse installieren sollen?

106. Abgeordneter **Dr. Bucher**

Warum ist es nicht möglich, den Gemeinden Hochdorf (Kreis Ludwigsburg) und Hochdorf (Kreis Vaihingen), die zur Zeit beide die Postleitzahl 7141 haben, verschiedene Postleitzahlen zu geben?

107. Abgeordneter **Dr. Bucher**

Wieviel Fälle gibt es im Bundesgebiet, wo gleichnamige Gemeinden dieselben Postleitzahl haben?

108. Abgeordneter **Brück (Holz)**

Wie hat die Bundesregierung den Wunsch der Presse-Rundfunk-AG Saarbrücken auf Zuteilung von Frequenzen zum Betrieb eines privaten Fernsehens im Saarland beantwortet?

109. Abgeordneter **Brück (Holz)**

Haben Mitglieder oder Beamte der Regierung des Saarlandes, Mitglieder des Landtages des Saarlandes oder Mitglieder der Gremien des Saarländischen Rundfunks mit Mitgliedern oder Beamten der Bundesregierung Gespräche über die Zuteilung von Frequenzen für den Betrieb eines privaten Fernsehens im Saarland geführt?

110. Abgeordneter **Brück (Holz)**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, Frequenzen für den Betrieb eines privaten Fernsehens im Saarland zur Verfügung zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

111. Abgeordneter **Dr. Schwörer**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Heizungsversorgung der Wohngemeinde Bueloch — Standort Meßstetten — seit dem Winter 1966/67 ständig Anlaß zu Beschwerden gibt, und daß darüber hinaus die Preisgestaltung der Fern-Wärme-Kraft GmbH nicht unerheblich über das sonst übliche Preisniveau hinausgeht?

112. Abgeordneter **Dr. Schwörer**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die von der Fern-Wärme-Kraft GmbH vorgenommene Preiserhöhung zum 1. Januar 1968 ohne Genehmigung der Oberfinanzdirektion Stuttgart durchgeführt wurde?

113. Abgeordneter **Dr. Schwörer**

Welche Gründe haben das Bundeswohnungsministerium veranlaßt, die Heizungs- und Warmwasserversorgung der Siedlung Bueloch einer kommerziellen Gesellschaft zu übertragen, statt die Versorgung durch die Gemeinnützige Deutsche Wohnbau GmbH zu ermöglichen?

114. Abgeordneter **Ollesch**

Gehört die, wenn auch geringfügige, Überführung von öffentlich geförderten Wohnungen (sozialer Wohnungsbau) in Privateigentum nicht mehr zur Politik der Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

115. Abgeordneter **Deringer**

Welche Tatsachen — und gegebenenfalls aus welchen Quellen — sind der Bundesregierung darüber bekannt, daß, wie aus Nachrichten in der deutschen Presse hervorgeht, bei dem Kampf zwischen der Zentralregierung von Nigeria und der Provinz Biafra zehntausende von Angehörigen des Stammes der Ibo schon getötet worden seien oder dem sicheren Tode entgegensehen sollen?

116. Abgeordneter **Deringer**

Falls der Bundesregierung Tatsachen bekannt sind, welche Möglichkeiten sieht sie, ohne Verletzung des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Nigerias, aus humanitären Gründen das Schicksal der Ibos zu erleichtern und ihre Ausrottung abzuwenden?

117. Abgeordneter **Deringer**

Welche finanziellen Verpflichtungen ist die Bundesregierung gegenüber der Zentralregierung von Nigeria in den letzten Jahren eingegangen?

118. Abgeordneter **Dorn**

Hat die Bundesregierung um die Jahreswende 1966/1967 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ungarn verpaßt?

119. Abgeordneter **Dorn**

Bei Bejahung der Frage 118: Aus welchen Gründen?

120. Abgeordneter **Richter**

Wird die Bundesregierung im Sinne der Empfehlung 520 der Beratenden Versammlung des Europarates vom 20. Februar 1968 im Ministerkomitee des Europarates sich dafür einsetzen, daß der Europarat einen Sonderbeitrag für die Palästinaflüchtlinge zur Verfügung stellt?

121. Abgeordneter **Richter**

Ist die Bundesregierung bereit, sich an einer internationalen Aktion im Rahmen der Vereinten Nationen zu beteiligen, um den Palästinaflüchtlingen so bald wie möglich die Rückkehr zu einem normalen Leben zu ermöglichen?

122. Abgeordneter **Prochazka**

Was unternimmt die Bundesregierung zur Aufklärung des Schicksals jener 700 deutschen Kriegsgefangenen, die nach österreichischen Pressemeldungen erst im Januar 1968 aus sowjetischen Zwangsarbeitslagern entlassen wurden und in völlig entkräftetem Zustand rumänischen Behörden übergeben worden sein sollen?

123. Abgeordneter **Prochazka**

Was hat die Bundesregierung zu den Äußerungen des holländischen Außenministers zu sagen, der im Zusammenhang mit den Widerständen gegen die Wiedervereinigung in Belgrad öffentlich von den gemeinsamen Interessen aller Nachbarn Deutschlands gesprochen hat?

124. Abgeordneter **Prochazka**

Ist der Bundesaußenminister noch in der Lage, die deutsche Ostpolitik zu leiten, wenn er nach seinen Erklärungen vor dem Nürnberger Parteitag in der wichtigen Frage der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze einen anderen Standpunkt einnimmt als die Bundesregierung?

125. Abgeordneter **Ollesch**

In welcher Form hat die Bundesregierung gegenüber der Weltöffentlichkeit die Behauptung der nordvietnamesischen Parteizeitung „Nhan Dan" zurückgewiesen, daß die Bundesrepublik Deutschland nach den USA an zweiter Stelle bei den militärischen Hilfeleistungen in Südvietnam stehe und mit 120 Piloten und 2500 technischen Experten in amerikanischen Uniformen an dem Krieg selbst teilnehme?

126. Abgeordneter **Mommer**

Wann wird die Bundesregierung

a) den internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte,

b) den internationalen Pakt über staatsbürgerliche und politische Rechte und

c) das Fakultativprotokoll zum internationalen Pakt über staatsbürgerliche und politische Rechte

der Vereinten Nationen vom 16. Dezember 1966 den gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik Deutschland zuleiten, um die Ratifizierung noch in diesem, von den Vereinten Nationen zum „Jahr der Menschenrechte" erklärten Jahr möglich zu machen?

Bonn, den 22. März 1968